

Nr. 20/150

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wohnungsbau in Bremen – Status quo und Perspektiven
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/188](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/318](#))
2. Demokratie muss Schule machen: Wie kann Demokratie im Kindertagesstätten- und Schulalltag unmittelbar erlebt, praktiziert und vermittelt werden?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 13. Dezember 2019
(Drucksache [20/212](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. März 2020
(Drucksache [20/299](#))
3. Messerangriffe in Polizeilicher Kriminalstatistik aufnehmen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Februar 2020
(Drucksache [20/266](#))
4. Wahlversprechen und Koalitionsvertrag einhalten – Modellprojekt für Cannabis schnellstmöglich auf den Weg bringen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Februar 2020
(Drucksache [20/280](#))
5. Zukunft der maritimen Wirtschaft im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Januar 2020
(Drucksache [20/259](#))
6. Einführung einer Wohnungslosenberichterstattung sowie einer Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen
Antrag der Gruppe M.R.F.
vom 17. Februar 2020
(Drucksache [20/271](#))
7. EFuels politisch unterstützen, Bremer Arbeitsplätze und wenigstens Verbrennungsmotoren mit CO2 neutraler Bilanz erhalten
Antrag der Gruppe M.R.F.
vom 17. Februar 2020
(Drucksache [20/272](#))
8. Konferenz zur Zukunft der EU aktiv mitgestalten
Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/279](#))

9. Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte im Bremer Polizeigesetz aufnehmen
Antrag der Fraktion der CDU
12. November 2019
(Drucksache [20/151](#))
10. Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte im Bremer Polizeigesetz aufnehmen
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/287](#))
11. Gedenktag am 9. November für den bürgerlichen Sieg über den Unrechtsstaat der DDR und für deren Opfer – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage
Antrag des Abgeordneten Peter Beck
vom 3. März 2020
(Drucksache [20/298](#))
12. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Antirassismus in Verfassung verankern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. März 2020
(Drucksache [20/304](#))
13. Kein Pardon für sprachliche Brandstifter - Mord und Zwangsarbeit haben keinen Platz in der politischen Debatte!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. März 2020
(Drucksache [20/308](#))
14. Mittelstandsförderungsgesetz reformieren – Clearingstelle, Clearingverfahren und Mittelstandsbeirat einrichten!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. März 2020
(Drucksache [20/322](#))
15. Meldesystem für Corona-Verdacht
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 23. März 2020
(Drucksache [20/328](#))

Nr. 20/151

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 20. März 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Bericht der Bremischen Landesmedienanstalt über die Erfüllung der Verpflichtungen Bremens aus Artikel 11 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/276](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der Bremischen Landesmedienanstalt Kenntnis.

2. Gesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes und zur Änderung des Heilberufsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/290](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Krebsregister der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/291](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
4. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Staatsgerichtshofs
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn
Dr. Rolf G ö s s n e r
als stellvertretendes Mitglied des Staatsgerichtshofs.
5. 13. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 27. März 2019
(Drucksache [19/2129](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 13. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.
6. Stellungnahme des Senats zum 13. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 25. Juni 2019
(Drucksache [20/4](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 13. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.
7. 13. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 9. März 2020
(Drucksache [20/307](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.
8. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 6 vom 13. März 2020
(Drucksache [20/325](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/152

Regierungserklärung des Senats zum Thema „CORONA-Pandemie – Zur Lage im Land Bremen“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats zum Thema „CORONA-Pandemie – Zur Lage im Land Bremen“ Kenntnis.

Nr. 20/153

Weitere Ausbreitung des Coronavirus im Land Bremen eindämmen, Kranke versorgen, Aufklärung verstärken und wirtschaftliche Folgen minimieren

Antrag der Fraktion der CDU

vom 24. März 2020

(Neufassung der Drucksache [20/305](#) vom 3. März 2020)

(Drucksache [20/332](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die koordinierten Aktionen, getroffenen Maßnahmen und Empfehlungen von WHO, EU-Kommission, Bundesregierung, Landesregierungen, Kommunalbehörden und Robert-Koch-Institut zur Eindämmung und Bekämpfung der Corona-Pandemie und seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen und mahnt alle Beteiligten zur Achtsamkeit und Besonnenheit.
2. Die Bürgerschaft appelliert an alle Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven an der Eindämmung der Corona-Krise mitzuwirken, sich an die ausgesprochenen Empfehlungen und beschlossenen Auflagen zu halten, dabei besonnen zu bleiben und sich solidarisch, hilfsbereit und rücksichtsvoll zu verhalten. Dieses ist bereits in beeindruckender Breite der Fall. Das zeigt, dass überzeugende und rechtzeitige Information in der Krise das wichtigste Instrument ist. Wo dieses nicht wirkt, sind die Regeln in angemessener Art und Weise im Interesse der Allgemeinheit durchzusetzen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht ihren Dank und Respekt gegenüber den Beschäftigten der Behörden, Institutionen und Unternehmen aus, die für die Bewältigung der Corona-Krise unverzichtbar sind. Diese sind insbesondere die Pflegebereiche, die Ärzteschaft, die Gesundheitsdienstleistungen, das Gesundheitsamt, die Polizei, die Feuerwehr, die Rettungsdienste, aber auch der Lebensmitteleinzelhandel und die Medien.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert an die Arbeitgeber im Lande Bremen, sich mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf flexible, unbürokratische und einvernehmliche Lösungen zu einigen, damit die Abwesenheit am Arbeitsplatz zu Zwecken der Kinderbetreuung, wenn diese aufgrund der Schließung von Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten nicht anderweitig organisiert werden kann, nicht zu übermäßigen Lohninbußen führt. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert ferner an die Arbeitgeber für größtmögliche Schutzmaßnahmen für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsplatz zu sorgen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, alle Regelungen, insbesondere grundrechtsrelevante Einschränkungen, zu befristen und nach Ablauf der Befristung die Notwendigkeit der Verlängerung zu überprüfen.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) bekundet ihren festen Willen, auch in der Corona-Krise jederzeit beschluss- und kurzfristig handlungsfähig zu sein.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den weiteren Antrag ab.

Nr. 20/154

Die Lasten des Coronavirus für die bremische Wirtschaft mildern - Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge endlich abschaffen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 24. März 2020

(Neufassung der Drucksache [20/323](#) vom 12. März 2020)

(Drucksache [20/329](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/155

Corona-Pandemie: Gemeinsam und entschlossen für die Menschen in Bremen und Bremerhaven handeln!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 25. März 2020
(Drucksache [20/337](#))

Die Bürgerschaft (Landtag),

1. spricht allen im medizinisch-pflegerischen Bereich, in den Sicherheitsorganen, in den Hilfsorganisationen und im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie in den beteiligten Ämtern und Behörden Beschäftigten ihren Dank und ihre Anerkennung für die enorme Leistungsbereitschaft und aufopferungsvollen Dienst an unserem Gemeinwesen aus. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt alle Initiativen, die sich auf Bundesebene für eine angemessene Zulage für das medizinische und pflegerische Personal einsetzen;
2. begrüßt das selbstlose und beispielhafte Engagement der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die beispielsweise durch Erledigung von Einkäufen Verantwortung zum Schutz von Risikogruppen übernehmen;
3. begrüßt, dass die Bremer Institutionen alles tun, was in ihrer Macht steht – verantwortungsvoll, schnell und konsequent;
4. fordert alle Menschen im Land Bremen auf, den wissenschaftlichen Empfehlungen und behördlichen Anweisungen zu folgen, und somit zu einer Eindämmung der Infektionsrate und damit zur Sicherheit vieler Menschen in unserer Gesellschaft beizutragen und so gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Verzicht auf weitergehende Maßnahmen und Einschränkungen zu leisten;
5. wird in enger Abstimmung mit dem Senat dafür sorgen, dass durch das Land die erforderlichen landesgesetzlichen Maßnahmen getroffen und die notwendigen zusätzlichen finanziellen Mittel und personellen Ressourcen bereitgestellt werden, um die Corona-Krise wirksam zu bekämpfen und ihre wirtschaftlichen und sozialen Härten abzufedern;
6. begrüßt die Einigung der Länder, die dem „Bremer Weg“ entspricht und bei transparente und barrierefreier Information der Bevölkerung wirksame Verfahren zur Eindämmung des Virus in enger Absprache mit den anderen Ländern, insbesondere Niedersachsen und dem Bund schafft, ohne dabei die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger übermäßig einzuschränken;
7. spricht sich für eine sozial gestaffelte Aufstockung des Kurzarbeitergeldes nach österreichischem Vorbild aus;
8. spricht sich für verstärkte Anstrengungen der europäischen Staaten aus, sich gegenseitig zu helfen und die Krise durch solidarische Zusammenarbeit zu bewältigen.

Nr. 20/156

Antifeminismus vehement entgegnetreten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen der SPD und DIE LINKE
vom 21. Februar 2020
(Drucksache [20/283](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt sich klar gegen die Versuche der Vereinnahmung von Frauen- und Minderheitenrechten durch rassistische Argumentationsmuster. Antiemanzipatorische Politik und rassistische Ressentiments sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt sich an die Seite der Demokratinnen/Demokraten, die sich international für die Rechte von Frauen und aller Menschen, die wegen ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden, einsetzen. Sie nutzt all ihre internationalen Kontakte, insbesondere die Städtepartnerschaften, um auf die Einhaltung von Frauen- und LSBTIQ*-Rechten zu drängen.

Die Bürgerschaft (Landtag) steht für eine emanzipatorische Gesellschaft, in der alle Menschen nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen leben können. Der Vorstellung einer „natürlichen Geschlechterordnung“ als vorgeblich binäres System, in dem das männliche Geschlecht den anderen übergeordnet ist, erteilt sie genauso eine Absage wie jenen traditionalistischen Familienbildern, die zum Beispiel Ein-Eltern-Familien und andere Familienformen diffamieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, vorhandene Ansätze, die dem Antifeminismus entgegen wirken, zu stärken und unter Einbindung der Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau (ZGF) und zum Beispiel der verschiedenen Mädchen-Kultureinrichtungen wirksame Strategien zu entwickeln. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Bekämpfung queerfeindlicher und sexistischer Gewalt bei der Polizei und in Bildungseinrichtungen sind von besonderer Bedeutung.

Nr. 20/157

Wie will der Senat die negativen Auswirkungen der Bonpflicht begrenzen?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 24. Januar 2020
(Drucksache [20/247](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. März 2020

(Drucksache [20/300](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/158

Auswirkungen der Bonpflicht minimieren – Senat muss jetzt entschlossen handeln!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. März 2020
(Drucksache [20/327](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/159

Helfern den Rücken stärken

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 27. August 2019
(Drucksache [20/40](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die herausragende Bedeutung des öffentlichen Dienstes, insbesondere in den gefahrengeneigten Bereichen der Polizei, der Feuerwehr und in den Rettungsdiensten für ein funktionierendes Gemeinwesen. Hier werden zentrale und unverzichtbare öffentliche Aufgaben wahrgenommen, die den Kern der rechtsstaatlichen, demokratischen, freiheitlichen und humanen Gesellschaft und Ordnung ausmachen und ausfüllen. Unsere Sicherheit und ihre Sicherheit sind untrennbar verbunden, ein Angriff auf Angehörige von Polizei, Feuerwehr oder Rettungsdiensten ist ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft und ihre Werte. Den Angehörigen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes gebührt vielmehr Dank und Respekt für ihren Dienst und jede denkbare Unterstützung von Politik und Gesellschaft. Wir fordern in diesem Sinne alle Kräfte der Zivilgesellschaft zu einer eindeutigen und sichtbaren Haltung und Unterstützung auf.
2. Aufgaben in öffentlicher Verantwortung werden nicht nur von hauptamtlichen Angehörigen des öffentlichen Dienstes wahrgenommen, sondern auch von zivilen Mitarbeitern der Hilfsdienste oder auch von ehrenamtlichen Kräften, zum Beispiel in den freiwilligen Feuerwehren. Diese beziehen wir uneingeschränkt ein und drücken auf diesem Wege unsere besondere Wertschätzung für den Dienst in und an der Gemeinschaft aus.
3. Respekt äußert sich nicht nur in verbalen Postulaten. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass dieses insbesondere auch in geeigneten und gerechten Bedingungen bei der Ausübung des Dienstes durch Polizistinnen und Polizisten, durch Feuerwehrleute und die Angehörigen der Rettungsdienste zum Ausdruck kommen muss. Der schnelle und vollständige Ausgleich von dienstlichen Mehrbelastungen durch Freizeit oder zusätzliche Bezahlung, zum Beispiel im Bereich der Polizei, oder auch die gleichwertige Ausstattung, zum Beispiel bei den beruflichen und den ehrenamtlich getragenen Feuerwehren, sind nicht nur Beispiele für Gebote der Gerechtigkeit. Sie sind oder wären auch Ausdruck einer tätigen Wertschätzung.
4. Wir sagen allen, die sich mit Hass, Respektlosigkeit, Intoleranz oder mit Gewalt gegen die Grundwerte von Rechtsstaatlichkeit, Humanität oder Demokratie wenden, den Kampf an. Keine denkbaren Hintergründe, seien es politische oder religiöse Motive, egoistisch verirrte Ziele, zum Beispiel der Sensationslust oder auch die Anhängerschaft zu einem Verein oder einer Organisation, rechtfertigen jemals die Ausübung oder Akzeptanz von Gewalt gegen Sachen oder gar gegen Menschen. Daran wollen und werden wir uns nicht gewöhnen und wir werden verhindern, dass dieses schleichend zur Normalität wird. Wir erwarten von allen gesellschaftlichen Kräften und Verantwortungsträgern, solchen Tendenzen auch im Kleinen entgegenzutreten und insgesamt die Anstrengungen zur Prävention gegen Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verstärken. Gewalt ist und bleibt als Mittel der Auseinandersetzung geächtet. Zu Recht hat der Bundesgesetzgeber die strafrechtlichen Normen in diesem Bereich ausgeweitet und verschärft, die es auch aus Gründen der Generalprävention konsequent zu nutzen und umzusetzen gilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 2, 6 und 7 des weiteren Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem übrigen Antrag wie folgt zu:

1. das Lagebild zu Straftaten gegen Angehörige der Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik weiter zu verstetigen und zu verdichten. Hierbei sind, neben den Delikten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die gegen Feuerwehrleute und Angehörige der Rettungsdienste in gleicher Art und Weise einzubeziehen und darzustellen. Darüber hinaus soll über bundesweite Tendenzen berichtet werden, die die Einschätzung von Entwicklungen in Bremen und Bremerhaven erleichtert. Möglichst lückenlose Dokumentation, Darstellung und Dunkelfeldaufhellung in allen Bereichen ist nicht nur die Voraussetzung für eine weitere gesellschaftliche Sensibilisierung, sondern muss auch Ausgangspunkt von zukünftig notwendigen Maßnahmen sein.
3. die Ausstattung der betroffenen Organisationen (Polizei, Feuerwehr, Rettungs- und Hilfsdienste) dahingehend zu überprüfen, inwieweit der (aktive und passive) Schutz von möglicherweise betroffenen Mitarbeitern oder von Sachen (zum Beispiel von Fahrzeugen) durch Verbesserung der Ausstattung, Organisation, Ausbildung oder Infrastruktur optimiert werden kann. Dazu gehört darüber hinaus, Mittel der Gewaltprävention breit in der Aus- und Weiterbildung zu thematisieren und Angebote zur Nachsorge bei Gewalterlebnissen auszuweiten.
4. Betroffene zu Beteiligten zu machen. Dazu ist zu prüfen, ob gemeinsam mit den Personalvertretungen eine zentrale und hierarchieübergreifende Anlaufstelle geschaffen werden soll und kann, die durch Informations- und Erfahrungsverdichtung, Beratung und Unterstützung präventive und reaktive Maßnahmen gegen Gewalt anregt, initiiert und/oder umsetzt sowie ein statistisches Lagebild mit konkreten Erfahrungen aus Einzelfällen ergänzt.
5. gemeinsam mit der Polizeiführung alle organisatorischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um insbesondere bei bestimmten Veranstaltungen oder zu bestimmten Daten und Anlässen personell so stark wie nötig vor Ort zu sein. Ausreichende und angemessene Präsenz ist nicht nur ein wichtiger Faktor der Prävention vor Straftaten und Gefährdungen und somit zur Eigensicherung. Sie ist auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, um stets und unabhängig von Region oder Tageszeit polizeiliche Anordnungen oder strafprozessuale Maßnahmen so durchsetzen zu können, wie es dem berechtigten Anspruch der eingesetzten Beamtinnen und Beamten, aber auch dem Rechtsempfinden der Bürgerinnen und Bürger entspricht.

Nr. 20/160

Helfern den Rücken stärken

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/286](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Nr. 20/161

Krebs bei Feuerwehrleuten als Berufskrankheit anerkennen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. Februar 2020
(Drucksache [20/297](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung die nötigen Schritte einleitet, um bestimmte

Krebsarten als Berufskrankheit anerkennen zu lassen, wenn sie im Zusammenhang mit giftigen Rauchgasen stehen, denen insbesondere Feuerwehrleute in ihrem Berufsalltag häufig ausgesetzt sind.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihre Forderung nach einer wirksamen Umkehr der Beweislast bei der Anerkennung von Berufskrankheiten und fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen.

Nr. 20/162

Das Land Bremen muss seiner Verantwortung gegenüber Berufsfeuerwehr und freiwilligen Feuerwehrleuten auf lokaler Ebene nachkommen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. März 2020
(Drucksache [20/309](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/163

Zuweisungsrichtlinie für nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal an den Schulen im Land Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. März 2020
(Drucksache [20/321](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, in Abstimmung mit beiden Stadtgemeinden der Deputation für Kinder und Bildung bis zum Ende des Jahres 2020 eine Zuweisungsrichtlinie für das nichtunterrichtende pädagogische Personal an den Schulen im Land Bremen vorzulegen. Die Zuweisungsrichtlinie soll transparente gemeinsame Parameter festlegen, unter denen die beiden Stadtgemeinden ab dem Schuljahr 2021/2022 Mittel des Landes zugewiesen bekommen.

Nr. 20/164

Opferschutz muss ernst genommen werden – ein Opferschutzbeauftragter für Bremen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/275](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 20/165

Gesetz über eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für die Opfer und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen sowie Geiselnahmen

Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/317](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/166

Gesetz zum vierten Staatsvertrag zur Änderung des Dataport-Staatsvertrages

Mitteilung des Senats vom 24. März 2020
(Drucksache [20/333](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/167

Änderung der Geschäftsordnung

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
und der FDP
vom 24. März 2020
(Drucksache [20/336](#))

Die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft vom 3. Juli 2019, die zuletzt durch Beschluss vom 20. November 2019 geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 7 wird folgender § 7a eingefügt:

„§ 7a Umlaufverfahren im Vorstand

(1) Eilbedürftige Angelegenheiten können im Umlaufverfahren behandelt werden. Liegen die Voraussetzungen für ein Umlaufverfahren vor, so leitet der Präsident bzw. die Präsidentin das Verfahren ein.

(2) Jedem Mitglied des Vorstandes ist dazu die entsprechende Vorlage in Textform zu übermitteln, einschließlich einer Fristsetzung für Rückäußerungen. Diese Frist soll in der Regel 48 Stunden betragen und kann in begründeten Einzelfällen verkürzt werden.

(3) Rückäußerungen haben grundsätzlich in Textform zu erfolgen.

(4) Beantragt ein Mitglied des Vorstands eine mündliche Beratung oder Änderungen zu einer Vorlage, gilt die Zustimmung zu einer Beschlussfassung im Umlaufverfahren als nicht erteilt. Eine Angelegenheit gilt darüber hinaus nur dann als im Umlaufverfahren beschlossen, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder dieser zugestimmt haben. Wird die Zustimmung zu einer Beschlussfassung im Umlaufverfahren nicht erteilt, ist die jeweilige Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

(5) Der Präsident oder die Präsidentin beziehungsweise die oder der Vorsitzende eines Ausschusses oder einer Enquetekommission informieren unverzüglich über das Ergebnis des Umlaufverfahrens.“

2. In § 58 Absatz 1 werden die Wörter „mehr als“ gestrichen.

3. § 78 wird wie folgt geändert:

a. In der Überschrift des § 78 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt; nach dem Wort „Beschlussfähigkeit“ werden die Wörter „und Umlaufverfahren“ eingefügt.

b. Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 7a und § 58 Absatz 1 gelten entsprechend.“

Nr. 20/168

Neubesetzung des Amtes des Landesbehindertenbeauftragten

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 9. März 2020
(Drucksache [20/313](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn Wolf Arne Frankenstein zum Landesbehindertenbeauftragten der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/169

Fragestunde

1. Auswirkungen der Umstellung des Abiturjahrgangs von G8 auf G9 in Niedersachsen für das Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 20. Februar 2020
2. Verstöße gegen die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2020
3. Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung
Anfrage der Abgeordneten Janina Brünjes, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 20. Februar 2020
4. Sicherheitslücken in der Telematik-Infrastruktur: Wie sicher sind die Daten der Patientinnen und Patienten?
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 20. Februar 2020
5. Wird die Umsetzung von Bauvorhaben in Bremen durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) schwieriger?
Anfrage der Abgeordneten Falk Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 20. Februar 2020
6. Vergrämungsmittel für Tauben
Anfrage der Abgeordneten Janina Brünjes, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 20. Februar 2020
7. Datenschutz bei den Bremischen Gerichten
Anfrage der Abgeordneten Sascha Aulepp, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 20. Februar 2020
8. Auswirkungen des Stopps der Ausschreibung des Neubaus der Polarstern II für das Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 21. Februar 2020
9. Verfügbare Plätze in der stationären Altenpflege in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Februar 2020
10. Wie gesichert ist die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Februar 2020

11. Besetzung der Nachtschichten in der stationären Altenpflege seit dem 1. Mai 2019

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Februar 2020

12. Sind Asylsuchende in Bremen vom Datenleck in Ankara betroffen?

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 25. Februar 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

13. Umsetzung des Wohnraumschutzgesetzes

Anfrage der Abgeordneten Ralf Schumann, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 26. Februar 2020

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

14. Barrierefreiheit bei Wahlen

Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 26. Februar 2020

15. Innerbetriebliche Beschwerdestellen in Bremer Betrieben nach § 13 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 27. Februar 2020

16. Ausstellung von Gesundheitsbescheinigungen für Beschäftigte im Lebensmittelbereich

Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Antje Grotheer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 27. Februar 2020

17. Wie gut sind Bremische Behörden im Falle einer weiteren Ausbreitung des sogenannten Coronavirus vorbereitet?

Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 2. März 2020

18. Fanfreundschaft als Sicherheitsrisiko?

Anfrage des Abgeordneten Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. März 2020

19. Umgang mit CBD-Produkten in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 6. März 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

20. Geduldete Flüchtlinge

Anfrage des Abgeordneten Mark Runge und Gruppe M.R.F. vom 9. März 2020

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

21. Werden Menschen mit Behinderung über das Corona-Virus informiert?

Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Holger Welt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 10. März 2020

22. Berücksichtigung von Künstlerinnen/Künstlern bei der geplanten Grundrente

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. März 2020

23. Beteiligung Bremer Neonazis an den rassistischen Ausschreitungen im griechischen Grenzgebiet
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 11. März 2020
24. FRONTEX-Beteiligung der Bremer Polizei vor dem Hintergrund der humanitären Krise im griechischen Grenzbereich
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 11. März 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/170

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„Europa braucht endlich eine gemeinsame Flüchtlingspolitik – Bremen ist bereit für seinen Beitrag“;
2. auf Antrag der Abgeordneten Maja Tegeler, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE:
„Frauenkampftag und Equal Pay Day 2020: Gerechtigkeitslücke schließen, Entgeltgleichheit schaffen und Gender Care Gap bekämpfen!“.

Nr. 20/171

EU-Asylpolitik: Mehr Entscheidungsbefugnisse für Länder und Kommunen schaffen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 24. März 2020
(Drucksache [20/335](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt das brutale Vorgehen an der türkisch-griechischen Grenze gegenüber den Geflüchteten und berichterstattenden Journalistinnen und Journalisten sowie das Aussetzen des Rechts auf Asyl durch die griechische Regierung und erwartet sofortige humanitäre Hilfsmaßnahmen durch die EU-Mitgliedstaaten.

1. Angesichts der zugespitzten Lage in Griechenland fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, sich auf Bundesebene unverzüglich dafür einzusetzen, dass
 - a) die Bundesregierung entsprechend ihrer Beschlusslage unverzüglich die zugesagten 1 000 bis 1 500 Kinder und Jugendliche aufnimmt und insoweit ihre Entscheidung korrigiert, gegenwärtig keine Geflüchteten mehr nach Deutschland einreisen zu lassen;
 - b) die Bundesregierung zügig ein Kontingent von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten aus Griechenland und den ägäischen Inseln über die am 8. März beschlossenen 1 000 bis 1 500 Kinder und Jugendliche hinaus aufnimmt und grundsätzlich eine Erhöhung der deutschen Kontingente für das EU-Resettlement in Aussicht stellt;

- c) das Bundesamt für Flüchtlinge (BAMF) und die Bundesregierung unverzüglich die Familienzusammenführung von Schutzsuchenden in Griechenland mit ihren Verwandten umsetzt;
 - d) die Bundesregierung in Kooperation mit anderen EU-Ländern Griechenland so unterstützt, dass das Recht auf Asyl uneingeschränkt gewährt werden kann, Geflüchtete an der EU-Außengrenze zügig registriert werden und sie dann Zugang zu einem fairen Asylverfahren erhalten;
 - e) die Bundesregierung in Kooperation mit anderen EU-Ländern eine sofortige Evakuierung der Geflüchteten von den griechischen Inseln realisiert.
2. Weiterhin fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Rolle der subnationalen Ebene, insbesondere Regionen und Kommunen, im Rahmen der europäischen Asylpolitik gestärkt wird, indem
- a) im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems eine zentral von der Europäischen Kommission verwaltete Förderlinie zur Unterstützung zusätzlich aufgenommener Geflüchtete eingerichtet wird. Hieraus sollen den Bundesländern in Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission bis zu 100 Prozent der Ausgaben erstattet werden, die ihnen dadurch entstehen, dass sie sich über die von ihrem Mitgliedstaat eingegangenen Verpflichtungen hinaus zur Aufnahme, Betreuung und gesellschaftlichen Inklusion in ihren Kommunen bereit erklären und entsprechend Geflüchtete aufnehmen;
 - b) der Zugang der Länder zu diesen oder anderen EU-Mitteln so erleichtert und deren Weitergabe an die Kommunen so rechtlich geregelt wird, dass auch kleinere oder finanzschwache Kommunen daran partizipieren können;
 - c) die Kommunikationswege zwischen der kommunalen und der europäischen Ebene so ausgebaut werden, dass die besonderen Herausforderungen, vor denen Kommunen bei der Aufnahme, Betreuung und gesellschaftlicher Inklusion von Geflüchteten stehen, direkt von der europäischen Ebene wahrgenommen werden.